

**BI gegen eine weitere Bahntrasse durch Kalbach e.V.**

**Bürgerversammlung am Mittwoch, dem 29.11.2017, 19.00 Uhr,  
Gastwirtschaft Bergfriede im Ortsteil Mittelkalbach**

**Antwort von Alt-Bürgermeister Karl-Heinz Kaib auf die  
Neutralitätshaltung des Bürgermeisters der Gemeinde Kalbach und  
der Mehrheit der Kalbacher Gemeindevertretung**

Ich habe mir seit meiner Pensionierung eine strenge Zurückhaltung auferlegt, wenn es darum ging, mich kritisch zu Themen der Kalbacher Kommunalpolitik öffentlich zu äußern. Der Artikel in der Fuldaer Zeitung vom 11. Oktober 2017 hat bei mir dazu geführt, meine Zurückhaltung aufzugeben. Es waren aber auch meine Sorgen, die ich habe, wenn ich an die Zukunft unserer Gemeinde denke. In diesem Presseartikel wird der Bürgermeister unserer Gemeinde wie folgt zitiert: **„Wir pflegen ein freundschaftliches Verhältnis zu Neuhof. Ich bitte darum, zu diesem Zeitpunkt der Planungen Neutralität zu wahren.“** Ende des Zitats.

Unsere Mitglieder und sicherlich viele Bürger sind der Meinung, dass es grundfalsch war, mit Neutralität auf die Variantenprüfung der Bahn zu antworten. Der Bürgermeister und jeder Kalbacher Kommunalpolitiker, der sich in diesem Fall neutral verhält, steht nicht zu 100 Prozent an der Seite unserer BI, die angetreten ist, eine weitere Bahntrasse auf Kalbacher Gebiet zu verhindern. Er steht auch nicht uneingeschränkt an der Seite der Nieder-, Mittel- und Oberkalbacher Bürger, weil er sich nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für das Wohl dieser Bürger einsetzen kann, da er ja den Neuhöfern Neutralität versprochen hat.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin ein Freund einer guten Nachbarschaft. Aber bei Zielkonflikten, wie in diesem Fall, haben die Interessen der eigenen Gemeinde die höchste Priorität. Denn nur dann kann man als aufrechter Anwalt der Kalbacher Bürger auftreten; und nur dann handelt man vernünftig.

Ein Bürgermeister muss immer rechtzeitig, also von Anfang an, ich betone „von Anfang an“, alles Erdenkliche tun, um Schaden von seiner Gemeinde abzuwenden. So hat man es früher gemeinsam getan, als die A 66 geplant wurde und so muss man es heute bei der Planung der neuen Bahnstrecke tun.

Die A 66 ist ein sehr guter Vergleichsfall. Deshalb gebe ich zur A 66 den Hinweis, dass nach einem Beschluss des Fuldaer Kreistags die A 66 zwischen Neuhof-Opperz und Niederkalbach gebaut werden sollte. Die Kalbacher haben gegen diese Planungslösung nachhaltigen Widerstand geleistet. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich einmal in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Fuldaer Kreistags mit dem damaligen Bürgermeister von Neuhof heftig gestritten habe, ohne dass der nachbarschaftliche Friede gestört wurde. Eine gute Nachbarschaft muss die Wahrheit aushalten und zur Wahrheit bei der zu planenden Bahntrasse gehört, dass die Bündelungsvariante, identisch mit der Variante V, im Regionalplan Nordhessen steht. Die Forderung unserer BI, nach dieser Variante zu bauen, steht also auf einem fachlich guten Fundament. Deshalb versteht unsere BI überhaupt nicht, dass der Bürgermeister und mit ihm die Fraktionen der SPD und BfK den Regionalplan Nordhessen ignorieren, der von der Hess. Landesregierung genehmigt wurde und deshalb verbindlich ist. Der Plan

gibt doch den Kalbacher Gemeindeorganen eine Steilvorlage für eine gute Positionierung bei der Trassendiskussion.

Wer sich nicht mit einer klaren Position zu Wort meldet, wird nicht ernst genommen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Wir glauben, dass die Verantwortlichen unserer Gemeinde den Ernst der Lage von Anfang an falsch eingeschätzt haben. Deshalb haben wir in den Kalbacher Nachrichten, Ausgabe Nr. 30/2017, Ende Juli, die für unsere Gemeinde gefährlichen Planungsvarianten noch einmal genannt. Nach diesem Bericht folgte zu unserer Überraschung im Oktober der bereits genannte FZ-Bericht über die Neutralitätshaltung des Kalbacher Bürgermeisters, obwohl vorher Vertreter von Nachbargemeinden und Bürgerinitiativen direkt oder indirekt sich für die Variante IV ausgesprochen haben, die alleine nur unsere Gemeinde trifft. Während im Kinzigtal Allianzen zwischen Gemeinden und Bürgerinitiativen geschmiedet werden, behindert die Neutralitätshaltung bei uns eine gute Zusammenarbeit zwischen Gemeindeorganen und dem Vorstand unserer BI.

Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen: Wenn die Variante IV mit einem zweiten Landrückentunnel und zwei Brücken über das Kalbachtal kommt, sind fünf Wohnhäuser mit den dazu gehörenden Nebengebäuden gefährdet und Bürger müssen umgesiedelt werden. Von einem ruhigen Wohnen im größten Teil der Ortslage von Mittelkalbach und eines bestimmten Teils von Oberkalbach kann dann keine Rede mehr sein. Die Zugzahlen werden mindestens von 88 auf 226 (Anzahl der Güterzüge: 74) pro Tag steigen. Es ist also mit einem Plus von 138 Zügen oder einer Steigerung von 157 % zu rechnen. Dazu gehört die Tatsache, dass sehr viele Güterzüge nachts fahren und in

Zukunft eine Länge bis zu 800 m haben können. Diese Zahlen können noch nach oben gehen, wenn die Prognosedaten für das Jahr 2030 vorliegen.

Die hohe Priorität, die dieses Bahnprojekt in der Kalbacher Kommunalpolitik haben sollte, wird auch dadurch deutlich, dass auch die Gefahr einer Linienführung zwischen Neuhof-Opperz und Niederkalbach nach wie vor besteht. Bei einer solchen Trassenführung würde Niederkalbach im Lärm versinken.

Für unsere BI steht fest, dass eine weitere Bahnstrecke katastrophale Auswirkungen auf das Leben unserer Bürger und die Entwicklung unserer Gemeinde haben wird. Deshalb kritisieren wir erneut, dass die Fraktionen von SPD und BfK unserem Antrag im Februar dieses Jahres nicht vollinhaltlich zugestimmt haben. Wir verstehen auch nicht, dass ein Beschluss des Ortsbeirats von Mittelkalbach nicht beachtet wurde, nach dem eine weitere Bahntrasse durch Kalbach in einer Resolution abgelehnt werden soll. Jetzt muss endlich ein Ruck durch die Fraktionen der SPD und der BfK gehen, indem sie eine klare Position beziehen und sich für die Variante V aussprechen. Die Gemeindevertretung muss mit einer Resolution unserer Bürgerinitiative den Rücken stärken und den Beschluss des Ortsbeirats MK endlich beachten. Auch in der Zeit der Planung der A 66 haben die Vorsitzenden der Gemeindeorgane zusammen mit dem Vorsitzenden der damaligen BI Resolutionen unterzeichnet, nachdem vorher die Entwürfe vom Bürgermeister erarbeitet worden sind.

Es ist von allergrößter Bedeutung, dass Herr Hölzer den Vorstand unserer BI kurzfristig über das von ihm bisher Veranlasste vollständig

informiert und wir dann gemeinsam noch vor Weihnachten eine Strategieplanung erarbeiten. Dies wäre ein wichtiger Beitrag für eine nachhaltig gute Zusammenarbeit.

**Die Gemeindeorgane und der Vorstand unserer BI müssen Hand in Hand zusammenarbeiten. Unsere BI ist dazu bereit. Unser gemeinsames Motto muss lauten: Wir wollen keine Neutralität. Wir wollen das Beste für unsere Bürger.**